

Zeitungsspreis:
Einzelheft 2 Pf.
Monatlich 60 Pf.
Jahrespreis 7.20 Mk.
An Postanstalten
zu 1.10 Mk. (Postgeb.)
zu 1.15 Mk. (Postgeb.)
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
v. Chr. Sommer,
Ditz.

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Kleinzeile 75 Pf.
Ausgabestelle:
Ditz, Rosenstraße 36.
Gerichtspräsident Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Ems

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 282

Freitag, den 3. Dezember 1918

24. Jahrgang

Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems.

Montag vormittag 9 Uhr wurden die Verhandlungen eröffnet. Es waren noch mehrere Vertreter der D. F. C. O. anwesend. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Pöschgen wurde in die Aussprache eingetreten über die Entsendung von Vertretern in den Vollzugsrat des Reiches und S. Rates und für die Delegiertenversammlung; ferner A. und Soldatenräte am 16. Dezember. Hierbei war zu entscheiden, ob neben diesen Delegierten ein Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung bestehen soll. Es ergab sich dann folgende Stellungnahme: 1. 5 Vertreter nach Berlin zu senden, ferner auf je 50.000 Mann eine neue Zentralstelle wird nicht gebildet, sondern eine Delegiertenversammlung spricht dem bisherigen Soldatenrat. Ob Heeresleitung sein uneingeschränktes Vertrauen aus und bittet und ermächtigt denselben, weiterhin in derselben Besetzung die Interessen des gesamten Heeres zu wahren.

Die Erregung rief die Verlesung eines Flugblattes hervor, das einen Auszug aus Richtlinien der Obersten Heeresleitung darstellte, veröffentlicht von der Heeresleitung B. und unterzeichnet mit „v. Hindenburg“. Die Mehrheit der Versammlung kam zu der Überzeugung, es umginge mit einer plumpen Fälschung zu tun zu haben; der Verspruch der Regierungsbereitungen des Falles zu bezeugen und zu gegebener Zeit darüber zu berichten. Der Inhalt des Flugblattes war die Auspielung der Front gegen die Front.

Dann kam es zur Aussprache über militärische Fragen, z. B. über die zukünftige Rechtslage der Kapitulant, Entlassungsfragen, Kompetenzfragen der Soldatenräte. Bezüglich des letzteren Punktes wurden folgende verbindlichen Richtlinien angenommen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich als gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingung. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.

2. Außerhalb des Dienstes besteht kein Gehorsam. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften und Aufhebung der Klassen und Rassen.

3. Die Soldatenräte haben mitzuwirken bei allen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Truppe, insbesondere sind folgende Fragen nur im Einvernehmen mit ihnen zu regeln: Verpflegung und Quartiere, Urlaub, Verhängung von Disziplinarstrafen, Beschwerden. Der Dienst wird von den Führern in regelmäßiger Förmlichkeit mit dem Soldatenrat angelehrt.

4. Organisation. Jede Kompanie oder gleichwertige Formation wählt einen Soldatenrat in Stärke von mindestens 3 Mann. Jeder Angehörige der Truppe ist aktiv und passiv wahlberechtigt. Die Wahl ist geheim. Die Soldatenräte nehmen untereinander Verbindung und bilden aus sich nach Art der Staffeln der Kommandobehörden Soldatenrat-Ausschüsse bei den höheren Stäben.

5. Die Soldatenräte haben volles Kooperationsrecht und können nach Bedarf ihre Wähler zusammenrufen. Sie sind befugt, im Rahmen der Möglichkeit über die gesamten Nachrichten- und Verkehrsmittel ihres Truppenbereichs (Ordnungsplan, Fernsprecher, Funkapparate, Druckerei, Wagen, Autos und Flugzeuge) zu verfügen. Beschwerden über einen Soldatenrat gehen an den nächst höheren Soldatenrat.

6. Das Tragen von roten Abzeichen und Flaggen ist verboten.

Es wurde dann die Diätenfrage der Truppenführer behandelt, wobei — ein schönes Zeichen von Menschlichkeit und Ungeizigkeit — einstimmig erklärt wurde, wie bisher so auch in Zukunft ohne Entschädigung die Interessen der Kameraden zu wahren.

Unter allgemeiner Zustimmung wurde nochmals in Worten der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, dass sie sich einsetzen werde für das Wohlbefinden aller.

In seinem Schlusswort zog der Vorsitzende eine Parallele zwischen dem weltgeschichtlichen Ereignis hier in Bad Ems und jetzt und sprach unter tosendem Beifall den Dank aus für das bisherige Entgegenkommen der tatkräftigen Unterstützung. Besonderen Dank richtete er an den Soldatenrat der Obersten Heeresleitung für die bisherige Tätigkeit und die Ermöglichung dieser Tagung und schloß mit dem Wunsch, daß es durch eine Tätigkeit aller uns oder doch unserer Kinder und Enkelkinder gelingen möge, auf den Trümmern des alten Reiches ein neues Gebäude entstehen zu lassen, in dem es möglich wohnen lasse.

Telephonische Nachrichten.

WTB. Berlin, 2. Dez. Amerikanische Truppen sind am Sonntag nachmittag 2 Uhr in Trier eingerückt. Das 6. amerikanische Inf. Regt. hat die Stadt besetzt. Heute fanden weitere Durchmärsche von amerikanischen Truppen statt, die in Richtung auf Coblenz marschierten. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe.

WTB. London, 2. Dez. Reuters. In der Downing-Street wird eine Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Barthou, Bonar Law, der Generalsekretär Sir Percy Wilson, Joad, Clemenceau, Sonnino, Orlando teilnehmen. Die Verhandlungen haben sich bisher befriedigend mit dem Datum der Friedenskonferenz und mit Angelegenheiten, die mit Einzelheiten für die weitere Ausführung des Waffenstillstandes zusammenhängen und mit Fragen bezgl. des früheren deutschen Kaisers.

Berlin, 2. Dez. Der oberste Heeresbefehlshaber kann als abgeschlossen betrachtet werden, da die Arbeit in fast allen Gruben voll und ganz aufgenommen wurde.

Berlin, 2. Dez. Im Reichsamt des Innern wird eine Zentralstelle eingerichtet, die die Angelegenheiten der Beamten und Pensionäre in Elsaß-Lothringen bearbeitet wird.

Ein Ultimatum folgt.

Berlin, 2. Dez. Das bekannte Verlangen der Franzosen nach Auslieferung starker und besser Lokomotiven hat zu einer Zuspitzung geführt. Gestern hat Generalissimo Hoch der deutschen Waffenstillstandskommission ein Ultimatum mit 24stündiger Befristung überreicht, in welchem die französischen Forderungen erneut aufgestellt sind. Der Vorsitzende Staatssekretär Brüdermann hat sofort nachdrücklichen Einspruch erhoben und erklärt, die Erfüllung der Forderung wäre selbst dann unmöglich, wenn man das ganze deutsche Wirtschaftsleben durch Ausverkauf der stärksten und besten Lokomotiven in Unordnung brächte. Er hat einen Vermittlungsvorschlag gemacht, daß Deutschland alle gegenwärtig in der Auslieferung befindlichen Lokomotiven nach ihrer Fertigstellung abliefern werde. Als Termin ist der 1. Februar 1919 vorgeschlagen. Der Vermittlungsvorschlag ist an die Bedingung geknüpft, daß Frankreich die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten Lokomotiven in Anrechnung bringet und ihre Zahl namhaft macht. Die französischen Forderungen gehen über Sinn und Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages weit hinaus, da über die Art der abzuliefernden Maschinen keine Bestimmungen getroffen sind. Die Frist des Ultimatus ist heute vormittag 10 Uhr abgelaufen; welche Entscheidung gefallen ist, ist noch nicht bekannt.

Die Besetzung des deutschen Gebiets.

Bern, 30. Nov. Nach dem Bericht Herald vollzieht sich die Besetzung des deutschen Gebiets folgendermaßen: Der Vormarsch beginnt am Sonntag, den 1. Dezember. Die Belgier besetzen das Gebiet bis Düsseldorf, von der holländischen Grenze bis zu dem englischen Abschnitt. Die Engländer besetzen den Brückenkopf Köln und das Hinterland von Rheinfelden bis zur belgischen Grenze. Die Amerikaner besetzen den Brückenkopf Koblenz und das Gebiet nach Westen bis zur Lahnburger Grenze. Die Franzosen besetzen den Brückenkopf Mainz und das Gebiet des linksrheinischen Rheins sowie der Pfalz. In der Zeit vom 9. bis 13. Dezember muß auch die 30-Kilometer-Zone um Köln, Koblenz und Mainz und die 10 Kilometer breite neutrale Zone geräumt werden. Am 13. Dezember rücken dann die Verbündeten in die Brückenköpfe ein.

Frankfurt a. M., 2. Dez. Von der Waffenstillstandskommission in Spa ist dem Nachrichtenamt des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats telegraphisch die Mitteilung zugegangen, daß eine Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt.

Zusammenschluß bürgerlicher Parteien.

Berlin, 30. Nov. Die nationalliberale Organisation von Schleswig-Holstein und Lübeck ist der Deutschen Volkspartei beigetreten. Bekanntlich haben sich bereits in den letzten Tagen die nationalliberalen Landesverbände von Pommern, Hamburg, Ostpreußen, Westfalen und Hannover der Deutschen Volkspartei angeschlossen; außerdem hat sich ein großer Teil Thüringens auf den Boden der neuen Partei gestellt. Des weiteren liegen von einer großen Anzahl einzelner nationalliberaler Vereine Beitrittserklärungen zur Deutschen Volkspartei vor, so daß man also in etwa mit der der Deutschen Volkspartei beigetretenen Vereine auf die bereits beträchtliche Zahl von 300 beziffern kann.

Berlin, 30. Nov. Der Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen Partei zu einer einzigen demokratischen Partei steht, wie verlautet, unmittelbar bevor.

Deutsch-Österreich.

WTB. Wien, 29. Nov. In Besprechung des Konfliktes zwischen Bayern und der Reichsleitung in Berlin schreibt das Fremdenblatt: Deutsch-Österreich verfolgt die Vorgänge in der inneren und äußeren Politik Deutschlands schon aus dem Grunde mit großem Interesse, weil einschneidende Veränderungen in der deutschen Politik ihren direkten Einfluß auf Deutsch-Österreich ausstrahlen. Wir fühlen bei diesen Vorgängen ein Bangen der deutschen Einheit, die jetzt in den Zeiten des schmerzlichen Kampfes dringender notwendig ist, als früher in den Zeiten des Glücks und der berauschenden Erfolge. Wir müssen mit tiefer Bedauern feststellen, daß der Streit Bayerns mit der Reichsregierung eine Schwächung der staatlichen Stützen der deutschen Republik bedeutet und damit eine Schwächung der moralischen Stütze für Deutsch-Österreich.

Tschechischer Vormarsch gegen Glatz.

WTB. Glatz, 1. Dez. Nach hier an ausländischer Stelle vorliegenden Meldungen sind die Tschechen im Anmarsch gegen die Grafschaft. Braunau auf der österreichischen Seite ist von einer tschechischen Abteilung in Stärke von 1200 Mann besetzt. In Rudolfs rechnet man ständig, mit dem Einfall der Tschechen. In der Nacht zum Sonntag kam Artillerie hier durch, die zur Verstärkung der Grenztruppen an die gefährdeten Stellen anrückte.

Amerika.

WTB. Amsterdam, 29. Nov. Dem Allgemeinen Handelsblatt zufolge meldet der Washingtoner Korrespondent der Times, daß unter den Republikanern und Konserverativen in Amerika eine energische Opposition gegen den Plan eines Völkerbundes besteht. Im Senat ist der Plan des Völkerbundes von den Republikanern bekämpft worden, weil er zum freien Handel führen würde und ein Aufgeben der Monroe Doktrin zur Folge haben könnte; außerdem befürchte er den Internationalismus und würde in die Verfassung Amerikas Veränderungen bringen. Aber es ist dies nicht die einzige Beschwerde der republikanischen Senatoren gegen Wilson. Am 19. November, sagt der Korrespondent der Times, reichten sie einen Antrag gegen die Autokratie des Präsidenten ein. Sie griffen die Regierung wegen ihrer Aufsicht über die transatlantischen Kabel an, weil sie den Zweck habe, die Berichte der Friedenskonferenz zu zensurieren. Auch gegen die Pläne für eine eventuelle Staatsaufsicht nach dem Kriege über die Handelsflotte heben sich die Republikaner. Sie halten es für besser, die Schiffahrt durch Subventionen zu unterstützen. Ein anderes Problem, das mehr in den Vordergrund trete, sei die Freiheit der Meere, eine Frage, die eng mit dem Völkerbund zusammenhänge. Die öffentliche Meinung vertritt die traditionelle amerikanische Auffassung, daß die Rechte der Neutralen besser geschützt werden sollten, und daß nur Vornahme der Beschlagnahme unterliegen dürfte. Es müsse genau bestimmt werden, was Bannware ist. Der Sieg der Republikaner, so schließt der Times-Korrespondent, bedeutet, daß das amerikanische Volk trotz seiner Neigung zum Völkerbund und zum internationalen Zusammenwirken für den Weltfrieden nicht beabsichtigt, seinen gesunden Ehrgeiz, so weit die Zukunft der amerikanischen Nation in Betracht kommt, aufzugeben.

Spanien.

Madrid, 28. Nov. (M. B.) Habas. Eine parlamentarische Abordnung wird morgen von Barcelona abreisen, um der Regierung die Forderung nach Autonomie Kataloniens zu unterbreiten. Auch aus Valencia, Saragossa, Asturien und Extremadura werden Regionalistenabteilungen gemeldet.

Das Große Hauptquartier.

Kassel, 1. Dezember. Vor Ende dieses Jahres ist, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, an eine Verlegung des Gr. H. Q. aus Schloß Wilhelmshöhe nicht zu denken. Die Oberste Heeresleitung muß zur Sicherstellung der Demobilisierung der Millionenheere sich nahe an der Westfront befinden, da der ungeheure telephonische und telegraphische Vermittlungsdienst zwischen Truppen und Zentrale nicht von Berlin aus bewältigt werden kann. Erst nach der Abrüstung legt das Gr. H. Q. seine Befehlsstelle in die Hände des Berliner Kriegsministeriums zurück.

Hindenburgs Gruß an die heimkehrenden Krieger.

Kassel, 1. Dezember. Von einem Augenzeugen wird eine ergreifende Szene berichtet, die sich hier beim Einzug der 88er abspielte. Nach dem Empfang durch die Bürgergesellschaft ordneten sich die Truppen zu einem Zuge nach der Wohnung Hindenburgs. Der Feldmarschall ging den Soldaten entgegen. Als die ersten 88er mit ihren sturmgepöhlten Fahnen anrückten, da zuckte es über das Gesicht des Feldherrn, und Tränen rannen über die Wangen, die das Taschentuch schnell beseitigen mußte. Dann reichte sich der Feldmarschall hoch auf, und während er die Krieger begrüßte, brachte Fabrikant Schneider von hier ein Hoch auf Hindenburg aus, das sich brausend durch die langen Reihen der Feldgrauen und der Einwohner fortwälzte.

Die Postcheckkonto-Nummer der Anfall ist Frankfurt a. M.